

# Jugendsozialarbeit

→ aktuell

Nummer 176

Mai 2019

Sehr geehrte Leser\*innen,

„Denk ich an Europa in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ Diese leicht abgewandelte Version von Heines „Nachtgedanken“ geht mir in den letzten Tagen häufig durch den Kopf: Das Erstarken rechtspopulistischer und nationalistischer Kräfte in Europa erfüllt sicher nicht nur mich mit Sorge. Die rigiden Maßnahmen der Grenzsicherung gerade in Südeuropa sowie der Umgang mit und der Streit um die Verteilung von Flüchtlingen waren und sind präsent in den Medien. Und wer denkt beim Thema Europa nicht an die EU-Verordnung 1677/88? Kennen Sie nicht? Wohl doch - die „Gurkenverordnung“ von 1988 wurde zum Sinnbild eines europäischen Regelungswahns.

Aber was ist eine solche Verordnung im Vergleich dazu, dass die europäischen Staaten seit Jahrzehnten friedlich zusammen leben, dass wir ohne Grenzkontrollen in andere europäische Staaten reisen und dort arbeiten können?

Der Kontakt zu Menschen anderer europäischer Länder hilft, Vorurteile abzubauen und nationalistischen Tendenzen vorzubeugen. Gerade diese Begegnungen sind zukünftig umfangreicher und intensiver zu fördern. Dass es hierzu nicht immer europäischer Förderprogramme bedarf und welche Vorhaben zur Verbesserung der Teilhabechancen benachteiligter junger Menschen die Parteien in ihren Programmen vorschlagen, skizziere ich in dieser Ausgabe von *jugendsozialarbeit aktuell*.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.



Stefan Ewers  
Geschäftsführer

## Zukunft junger Menschen in Europa

Stefan Ewers

Am Sonntag wird ein neues Europäisches Parlament gewählt. Knapp 65 Millionen Wahlberechtigte in Deutschland sind dazu aufgerufen, ihr Votum für die kommende Zusammensetzung dieses Parlaments abzugeben und damit die europäische Politik für die nächsten fünf Jahre mitzubestimmen. Angesichts des Brexit und einer in mehreren Mitgliedsstaaten zunehmend europa-skeptischen und national populistischen Haltung sehen viele den europäischen Gedanken und die gemeinsame Zukunft Europas in Gefahr. Gleichzeitig schätzen ca. 71 Prozent der jungen Menschen in Deutschland die EU-Mitgliedschaft unseres Landes positiv ein.

Ein Blick in die Programme zur Europawahl der im Bundestag vertretenen Parteien zeigt, wo in der nächsten Legislaturperiode mit Blick auf benachteiligte junge Menschen Schwerpunkte gelegt werden sollen.

### Jugend in den Wahlprogrammen

Die **CDU/CSU** weist in ihrem Programm zur Europawahl darauf hin, dass sie in den vergangenen Jahren vielen jungen Menschen neue berufliche Perspektiven eröffnet habe – vor allem in Staaten mit einer sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit. Sie spricht sich dafür aus, die Ausbildungsgarantie für Jugendliche und Beschäftigungsinitiativen für junge Menschen fortzuführen, um noch mehr junge Menschen in Ausbildung und Beruf zu bringen. Außerdem will die CDU/CSU weiter dafür werben, die duale Berufsausbildung, wie wir sie in Deutschland kennen, flächendeckend einzuführen.

Das Europa, wie es sich die CDU/CSU vorstellt, begeistert die junge Generation. Sie will sich dafür einsetzen, dass die Jugend Europas die Vorteile der Europäischen Union unmittelbar erleben kann. Um dies zu erreichen, sollen Austauschprogramme

aktuell

Jugend

Bei der Frage, wie allen jungen Menschen eine Möglichkeit auf einen Ausbildungsplatz gesichert und wie die Jugendarbeitslosigkeit verringert werden kann, weichen die Vorschläge der Parteien teils stark voneinander ab.

ausgebaut werden, das Interrail-Ticket soll es künftig für jeden 18-Jährigen kostenlos geben, damit „die jungen Menschen leichter Europa entdecken und über Grenzen hinweg Freundschaften schließen“<sup>1</sup> können. Über das Europäische Solidaritätskorps werden Möglichkeiten für junge Menschen geschaffen, an Freiwilligen- oder Beschäftigungsprojekten in ihrem eigenen Land oder im Ausland teilzunehmen.

Bezogen auf Bildungsfragen räumt die CDU/CSU vor allem dem Erlernen von Fremdsprachen einen noch größeren Stellenwert in Schule, Beruf und Gesellschaft ein. Vorrangig sind für sie die praktische Umsetzung des europäischen Bildungsraumes und die europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Das Programm Erasmus+ soll deutlich erhöht werden, um die Mobilität von Schüler\*innen, Auszubildenden und Studierenden zu fördern.

Die **SPD** baut auf die Jugend und widmet ihr in ihrem Wahlprogramm ein ganzes Kapitel unter dem Titel „Freiheit schützen und auf die Jugend bauen“.

Unter der Überschrift „Mitbestimmung stärken, Wohlstand sichern“ spricht sich die SPD für eine verstärkte Mitbestimmung von Arbeitnehmer\*innen aus und will deshalb europaweit Jugend- und Auszubildendenvertretungen voranbringen. Beschäftigte unter 18 Jahren sowie Auszubildende sollen in grenzüberschreitend tätigen Unternehmen besser ihre Rechte auf Information und Anhörung durch die Unternehmensleitung wahrnehmen können<sup>2</sup>.

Die SPD stellt fest, das Europa für junge Menschen kein fernes Projekt mehr sei, sondern Realität und Lebensgefühl. Mit einer gemeinsamen Währung, freiem Reisen, Lernen, Studieren und Arbeiten, Freundschaften schließen über alle Grenzen hinweg benennt sie aus ihrer Sicht die Vorzüge Europas für junge Menschen. Angesichts der Sorge um rechtspopulistische parlamentarische Mehrheiten müsse die Europäische Union die Rechtsstaatlichkeit schützen und dafür Sorge tragen, dass „unsere Gesellschaft (...) mit mehr Optimismus in die Zukunft blicken“<sup>3</sup> könne. Dies gelänge, wenn die Jugend bessere Aussichten für ihre Zukunft habe und ältere Menschen keine Unsicherheit befürchten müssten<sup>4</sup>.

Offene Grenzen reichen aus Sicht der SPD allerdings nicht aus. Sie hält es für notwendig, die Bewegungsfreiheit junger Menschen konsequent, gezielt und sozial gerecht zu unterstützen. Um dies zu erreichen, müsse das Bildungs- und Jugendförderprogramm Erasmus+ sowie das Europäische Solidari-

tätskorps (früher europäischer Freiwilligendienst) bedarfsgerecht ausgestattet sein und strukturell ausgebaut werden<sup>5</sup>.

Die SPD setzt sich für ein Sofortprogramm ein, das unter 25-Jährigen einen Ausbildungsplatz garantiert. Nur so könne das „europäische Versprechen gehalten werden, allen jungen Menschen unter 25 Jahren in vier Monaten konkrete Angebote für eine sichere berufliche Zukunft zu machen, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben“<sup>6</sup>.

Außerdem

- sollen Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit bis zum 30. Lebensjahr ermöglicht werden, damit noch mehr junge Menschen in den Berechtigtenkreis von Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit kommen;

- soll ein europäischer Korridor für eine Mindestausbildungsvergütung eingeführt werden, der sich an den Lebenshaltungskosten in den jeweiligen Mitgliedsstaaten orientiert;

- soll die duale Ausbildung auch in Europa gestärkt und Mindeststandards für eine moderne Berufsausbildung eingeführt werden und

- Bildungsabschlüsse europaweit besser anerkannt werden.<sup>7</sup>

Das Programm Erasmus+ soll allen jungen Menschen zur Verfügung stehen. Dafür sollen die Mittel für dieses Programm in der nächsten Förderperiode verdreifacht und das Programm stärker beworben werden. Vor allem auch Menschen in Ausbildung und sozial benachteiligte junge Menschen sollen davon profitieren.<sup>8</sup>

**Bündnis 90/Die GRÜNEN** wollen Jugendlichen überall in Europa eine Perspektive geben. „Die arbeitslosen Jugendlichen in Griechenland, Spanien und Italien sind auch unsere Arbeitslosen. Wir wollen eine große Offensive für die Zukunft der europäischen Jugend.“<sup>9</sup>

Eine europäische Jugendgarantie gäbe es bereits - in der Theorie. Aber sie müsse auch funktionieren und dürfe nicht nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Daher will Bündnis 90/Die GRÜNEN die Jugendgarantie zu einem dauerhaften und besser finanzierten Instrument weiterentwickeln. Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote müssen von hoher Qualität (in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Befristungen) und auskömmlich finanziert sein. Gerade junge Menschen seien oft in besonders starkem Maße von prekären Beschäftigungsverhältnissen und den Schlupflöchern

bei bestehenden Mindestlohnregelungen betroffen. Daher müsse Europa auch jungen Menschen soziale Sicherheit bieten.<sup>10</sup>

Bündnis 90/ Die GRÜNEN sieht im Programm Erasmus+ ein Markenzeichen und eine der großen Erfolgsgeschichten Europas. Das Programm soll gestärkt und der verwaltungstechnische Bereich vereinfacht werden.

Die **FDP** will das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in einem gemeinsamen europäischen Bewusstsein stärken und fördern. Die guten Erfahrungen des Deutsch-Französischen Jugendwerks sollen auf die europäische Ebene übertragen und ein Europäisches Jugendwerk eingerichtet werden, um den bi- und multilateralen Austausch von Kindern und Jugendlichen in der Europäischen Union zu fördern und zu unterstützen.<sup>11</sup>

Jugendarbeitslosigkeit soll durch einen europäischen Berufsausbildungsmarkt bekämpft werden. In einem Europa als „Kontinent der besten Chancen“ müssen, mit Blick auf einen bestehenden Fachkräftemangel einerseits und eine hohe Jugendarbeitslosigkeit andererseits, funktionierende Austauschmöglichkeiten geschaffen werden, die sowohl Arbeitgebern als auch den jungen Menschen zur Verfügung stehen. Vor diesem Hintergrund entwickelt die FDP die Idee eines gemeinsamen Berufsausbildungsmarktes. Nationale Arbeitsagenturen sollen in einem ersten Schritt miteinander statt isoliert arbeiten. Dies gilt besonders im Bereich des Berufseinstiegs. Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern sollen eingebunden werden. Ebenso wie die anderen Parteien will auch die FDP die duale Berufsausbildung europaweit etablieren und Schul-, Ausbildungs- und Hochschulabsolventen den Zugang in die Ausbildungs- und Arbeitsmärkte anderer Mitgliedstaaten so leicht wie möglich machen.<sup>12</sup>

Eine gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Ausbildungen, Praktika und Traineezeiten würde aus Sicht der FDP einen relevanten Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in südosteuropäischen Ländern leisten, „da dies die tatsächliche Möglichkeit erhöht, eine Arbeitsstelle in anderen EU-Ländern annehmen zu können“.<sup>13</sup> Außerdem wäre eine Harmonisierung der Startzeitpunkte von Ausbildungen oder den Zeiträumen der Abschlussprüfungen notwendig. Die Umsetzung der Europäischen Jugendgarantie sieht die FDP in Deutschland bereits im Rahmen der Sozialgesetzbücher II und III umgesetzt.

Die **AfD** geht in ihrem Wahlprogramm ledig-

lich an einer Stelle auf die Jugend in Europa ein - und bringt die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Zusammenhang mit ihrer Forderung nach der Wiedereinführung nationaler Währungen:

„Die Jugendarbeitslosigkeit liegt seit Jahren erschreckend hoch als Folge der fehlenden bzw. verloren gegangenen Wettbewerbsfähigkeit der Mittelmeerländer innerhalb des Euro-Korsetts. Die Euro-Krise ist ein systemisches Problem und kann daher auch nur systemisch gelöst werden. Die Lösung besteht in der Wiedereinführung der nationalen Währungen, in denen sich die Leistungen ihrer jeweiligen Volkswirtschaften widerspiegeln, unter ggf. paralleler Beibehaltung des Euro.“<sup>14</sup>

### **Es darf (ein bisschen) mehr sein**

Wirklich neue Ideen, die europäische Zukunft gerade für die junge Generation zu gestalten, sucht man in den Programmen der Parteien meist vergebens: Die Beteiligung junger Menschen soll wahlweise über eine europaweite Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre oder durch ein europäisches Jugendparlament gewährleistet werden; ein „Jugendcheck“ wird angeregt und soll die europäische Gesetzgebung auf ihre Folgen für zukünftige Generationen überprüfen. Alles Themen und Ideen, die wir schon im Rahmen von Kommunal-, Landtags- oder Bundestagswahlen gehört haben oder einfordern.

Auch das Festhalten an der Jugendgarantie und allein die Planung, diese mit mehr Finanzmitteln auszustatten, wird der Situation benachteiligter, arbeitsloser junger Menschen in Europa nicht gerecht: Der Europäische Rechnungshof bewertet in einem Sonderbericht 2017 die Umsetzung der Jugendgarantie und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen kritisch und kommt zu dem Ergebnis, dass die Beschäftigungsinitiative in den untersuchten Ländern (Irland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Italien, Portugal und die Slowakei) nur begrenzt zum Erreichen der Ziele der Jugendgarantie geführt hat.<sup>15</sup>

Entscheidend hierfür ist, dass die Jugendgarantie für die Mitgliedsstaaten nicht rechtlich bindend ist. Damit hängt die Umsetzung der Jugendgarantie zum einen vom guten Willen und zum anderen vom jeweiligen Vermögen des Mitgliedsstaates ab. Strukturelle Reformen bleiben in der Zuständigkeit der einzelnen Nationalstaaten. Eine gemeinsame Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit ist so kaum möglich.

Wirklich neue Ideen, die europäische Zukunft gerade für die junge Generation zu gestalten, sucht man in den Programmen der Parteien meist vergebens.

Aus unserer gemeinsamen Geschichte zu lernen heisst, die Errungenschaften von Freiheit und Frieden, Zusammenhalt und Demokratie für zukünftige Generationen zu erhalten.

Zu begrüßen ist, dass sich nahezu alle Parteien dafür aussprechen, dass erfolgreiche Programme, vor allem Erasmus+, finanziell stärker ausgestattet und weiteren Zielgruppen, vor allem jungen Auszubildenden und sozial benachteiligten jungen Menschen, zugänglich gemacht werden sollen.

### Jugendaustausch jenseits von Erasmus

Dass europäischer Jugendaustausch auch jenseits europäischer Fördertöpfe bereits seit zehn Jahren erfolgreich durchgeführt wird, zeigt das Programm „Jugend gestaltet Zukunft“ des LVR-Landesjugendamts Rheinland mit Kofinanzierung des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW. Dabei werden internationale Begegnungen mit jungen Menschen aus fünf Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe an mehreren Standorten in Europa umgesetzt. Der Fokus liegt hierbei bewusst auf „Orten der Erinnerung“, an denen im Zweiten Weltkrieg Verbrechen an der Zivilbevölkerung begangen wurden.

Seit 2009 setzen Träger der Jugendsozialarbeit an insgesamt sechs solcher Orte in ganz Europa dieses Programm um: Ano Viannos (Griechenland), Baranivka (Ukraine), Sant'Anna di Stazzema (Italien), Vinkt (Belgien), Maillé (Frankreich), Lublin (Polen).

Dieses Austauschprogramm wird bewusst mit sozial benachteiligten und individuell beeinträchtigten jungen Menschen umgesetzt, da die meisten europäischen Programme überwiegend von anderen Zielgruppen genutzt werden. Die jungen Menschen aus den Einrichtungen in NRW setzen sich in der jeweiligen Region, gemeinsam mit einer Gruppe junger Menschen aus dem jeweiligen Ort, für das Gemeinwesen ein: bei handwerklichen Tätigkeiten wie der Pflege und Herrichtung von Gedenkstätten lernen die Jugendlichen sich gegenseitig und das jeweilige Land kennen und halten die Erinnerung an die Geschehnisse des zweiten Weltkriegs wach. Die Jugendlichen setzen sich nach dem Grundsatz „Wer die Vergangenheit versteht, kann die Zukunft gestalten“ mit sich, der Geschichte und Fragen des gemeinsamen Zusammenlebens auseinander - eine seit Jahren erfolgreiche Form von politischer Bildung und Demokratieförderung mit „Kopf, Herz und Hand“. Gerade diese nachhaltigen und langfristigen Begegnungen tragen in einem erheblichen Maße zu einer positiven Entwicklung der beteiligten jungen Menschen bei.

Aus unserer gemeinsamen Geschichte zu lernen heisst, die Errungenschaften von

Freiheit und Frieden, Zusammenhalt und Demokratie für zukünftige Generationen zu erhalten. Dies ist, wie wir in diesen Tagen immer wieder feststellen, nicht selbstverständlich. Als Katholische Jugendsozialarbeit werden wir uns täglich erneut dafür einsetzen.

### Quellennachweis

- <sup>1</sup> *Unser Europa macht stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand. Gemeinsames Europawahlprogramm von CDU und CSU; 2019, S. 6, <https://www.cdu.de/system/tmf/media/dokumente/europawahlprogramm.pdf?file=1>*
- <sup>2</sup> *Kommt zusammen und macht Europa stark! Wahlprogramm für die Europawahl am 26. Mai 2019, S. 22, [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa\\_ist\\_die\\_Antwort/SPD\\_Europaprogramm\\_2019.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa_ist_die_Antwort/SPD_Europaprogramm_2019.pdf)*
- <sup>3</sup> *ebd., S. 24*
- <sup>4</sup> *vgl. ebd., S. 24*
- <sup>5</sup> *vgl. ebd., S. 27*
- <sup>6</sup> *ebd., S. 29*
- <sup>7</sup> *vgl. ebd., S. 28-29*
- <sup>8</sup> *vgl. ebd., S.30*
- <sup>9</sup> *Bündnis 90/ Die GRÜNEN: Europas Versprechen erneuern. Europawahlprogramm 2019, S. 56, [https://cms.gruene.de/uploads/documents/B90GRUENE\\_Europawahlprogramm\\_2019\\_barrierefrei.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/B90GRUENE_Europawahlprogramm_2019_barrierefrei.pdf)*
- <sup>10</sup> *ebd., S. 56/57*
- <sup>11</sup> *FDP Deutschland: Europas Chancen nutzen. Das Programm der FDP zur Europawahl 2019, S. 37, <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2019/04/30/fdp-europa-wahlprogramm-a5.pdf>*
- <sup>12</sup> *ebd., S. 40*
- <sup>13</sup> *a. a. O.*
- <sup>14</sup> *Alternative für Deutschland (AfD): Europawahlprogramm 2019; S. 30, [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/03/AfD\\_Europawahlprogramm\\_A5-hoch\\_web\\_150319.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/03/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_web_150319.pdf)*
- <sup>15</sup> *vgl. Europäischer Rechnungshof: Sonderbericht Nr. 5/2017, S. 7, [https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR17\\_5/SR\\_YOUTH\\_GUARANTEE\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR17_5/SR_YOUTH_GUARANTEE_DE.pdf)*

### IMPRESSUM

jugendsozialarbeit aktuell  
c/o LAG KJS NRW  
Kleine Spitzengasse 2 - 4  
50676 Köln  
E-MAIL: [aktuell@jugendsozialarbeit.info](mailto:aktuell@jugendsozialarbeit.info)  
WEB: [www.jugendsozialarbeit.info](http://www.jugendsozialarbeit.info)

jugendsozialarbeit aktuell (Print)  
ISSN 1864-1911  
jugendsozialarbeit aktuell (Internet)  
ISSN 1864-192X

VERANTWORTLICH: Stefan Ewers  
REDAKTION: Franziska Schulz  
DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln

